

Bezugsgebühr:

Mindestlohn für Dresden bei täglich
wechselnder Beitungung durch andere
Zeitung und Zeitungen nur maximal
10 Pf. Durch auswärtige Aus-
gaben 10 Pf. bis 20 Pf. so 50 Pf.
Bei täglicher Beitungung durch die
Sitz 20 Pf. ohne Zeitungslieferung, um Kosten
und aufwendendes Aufzettelung.
Rücksendung aller Artikel a. Original-
Abdruckungen nur mit bestätiger
Gatzenanzeige „Dresden Nachr.“
möglich. Nachdrückliche Sonder-
ausgabe ist nicht zu haben; aufwendende
Ausgaben werden nicht aufbewahrt.

Teleg. - Briefe.
Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Kotillon- und Scherzartikel
Saaldekorationen
Girlanden, Fahnen, Wappen
- Illuminations-Laternen -

Oscar
Fischer
Am See 21.

Bauernfrüchteleiste:
Marienstr. 38/40.

Anzeigen-Carr.

Einnahme von Entnahmungen
bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und
Feiertags nur Marienstraße so vor
11 bis 1/2 Uhr. Die 2-spaltige Seite
kostet 10 Pf., die 3-spaltige Seite auf Seite
so 15 Pf., die 4-spaltige Seite auf Seite
so 20 Pf., als Eingangsseite
so 25 Pf. Im Ausmaßen nach Seite
und Seitenlagen 1-spaltige Gründseite
so 10 Pf., auf Marienstraße 40 Pf.
2-spaltige Seite auf Textseite und ob
Eingangsseite 20 Pf. Auswärtige Zeit-
ungen nur gegen Herausgabezähler.
Belegblätter werden mit 10 Pf.
verkauft.

Berl. Preise sind:
Karr. 1 Nr. 11 und Nr. 2006.



Hüte jeder Art
Otto Buchholz
Hutfabrikant
28 Annenstr. * Annenstr. 28

Vorzüglich für
Gymnastikflüsse
mit Wimpern
E. Böhme's
Zugfass. I 3899.
C. Lüttich, 13. Sozialauflösungsschule.

„Universal“

Dr. med. Wolfermanns neues vervoll-
kommenes Patent-Bruchband, un-
erreicht an Sitz und Wirkung und ein Sezen für
jeden Bruchleidenden. Alleinverkauf bei

M. H. Wendschuch sen.

nur Marienstr. 22b
im Gartengrundstück. Sonntags geöffnet von 11-12 Uhr.

W. 134. Spiegel: Bülow und die Sozialdemokratie. Hofnachrichten, Landtagsverhandl., Stadtvorstand, Wirtschaftsvertragung, Klimaveränderungen, Wiederaufbau, Karlsbad, Rücksicht, Krieg, Wärmer, meist heiter.

Sonnabend, 14. Mai 1904.

Graf Bülow und die Sozialdemokratie.

Die Rede, die Graf Bülow in der ersten Kammer des preußischen Landtages gehalten hat, verdient nicht das Schiffchen, das Herrenhausbreden gewöhnlich beschieden ist, die weniger beachtet werden und schneller der Vergessenheit anheimfallen, als andere Ergässen der parlamentarischen Philologie. Sie zeichnet sich wieder durch Temperatur und frisches Colorit aus, was sich von den letzten Reichstagstreden des Kanzlers nicht sagen ließ; sie hat sogar beinahe ein programmatisches Gepräge, wenn es überhaupt noch gestattet ist, von einem selbständigen Kanzlerprogramm zu sprechen, und sie enthält einzelne Bekennnisse grundsätzlicher Art, die als solche die Eigenart der Bülowischen Politik kennzeichnen und wohl auch Schlüsse auf deren weitere Gestaltung und Führung zulassen, falls es dem vierten Kanzler des Deutschen Reiches beschlossen sein sollte, noch längere Zeit am Steuer zu stehen, was man bereits hier und da zu bezweifeln beginnt. Fast könnte es scheinen, als ob Graf Bülow selbst von solchen Zweifeln nicht mehr ganz überzeugt bliebe. Solange ein Staatsmann von der unerschütterlichen Festigkeit seiner Stellung überzeugt ist, wird es ihm fern liegen, an keinen Rücktritt zu denken und solchen Gedanken als Argument in der Debatte zu verwerten. In Freundschaft für die Landwirtschaft, versicherte er am Mittwoch der Rechten des Herrenhauses, werde die jetzige Regierung schwerlich von einer ihrer Nachfolgerinnen übertroffen werden. „Warten Sie nur ab,“ rief er den Konservativen zu, „Sie werden sich noch nach meinen Fleischköpfen zurücksehen!“

Das Hauptthema der Bülowischen Rede bildete die Frage des Kampfes gegen die Sozialdemokratie, und als wichtigstes Mittel der Bekämpfung dieser Partei empfahl der Reichskanzler die Kartellpolitik, die Einigung aller bürgerlichen Parteien. Neu ist dieses Rezept ja gewiß nicht, und nur weil es seither im jangen wenig besolt worden ist, kann seine Beherrschung nicht oft genug betont werden. Indes mutet es doch eingerahmten überraschend, wenn Graf Bülow jetzt beansprucht, daß seine gesamte bürgerliche innere Politik vornehmlich unter dem Gesichtspunkte des antisozialdemokratischen Kartellgedankens beurteilt und verstanden wird. Er hat sich bemüht, mancherlei für eine derartige Beurteilung beizubringen. So führte er in erster Linie an, daß er deshalb für eine Behandlung der Sozialdemokratie, wie sie sieben im preußischen Herrenhause in der Generaldebatte über den Etat besonders von den konservativen Führern Freiherrn von Manteuffel und Grafen von Mirbach in Gestalt energischer Repressionsmaßregeln verlangt wurde, nicht zu haben sei, weil solche die bürgerlichen Parteien stützen würden. Das Recht und die Pflicht, zu besonderen Maßnahmen genau die Sozialdemokratie überzugehen, hat er nicht rundweg bestritten; aber er hält deren Notwendigkeit erst dann für geboten, sobald die Sozialdemokratie durch ihr Verhalten dazu gezwungen. Zur Zeit ist nach der Ansicht des Reichskanzlers ein solcher Zwang noch nicht vorhanden, und er will daher auch bis auf weiteres von einer Änderung des Reichstagswahlsystems nichts wissen. Graf von Mirbach war für eine Reform des Reichstagwahlrechts eingetreten, an dessen Stelle das Wahlrecht für das preußische Abgeordnetenhaus, also das indirekte Dreiklassenwahl- system mit öffentlicher Stimmabgabe, treten sollte, während er dem Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien in bezug auf die Bekämpfung der Sozialdemokratie eine nachhaltige Wirkung nicht zuverlässigen vermag. Graf Bülow vertritt den entgegengesetzten Standpunkt, wenigstens vorläufig, solange die sozialdemokratische Entwicklung noch nicht so weit fortgeschritten ist, daß eine unmittelbare Gefahr entsteht. Kein Wahlsystem, bemerkte er, sei an und für sich ganz gut oder ganz schlecht; es werde gut oder schlecht durch den Gebrauch. Dann fuhr er aber fort: „Wenn die deutschen Wähler von dem bestehenden Wahlsystem keinen richtigen Gebrauch zu machen wissen, so werden sie sich auch nicht wundern können, wenn früher oder später das Dilemma entsteht, ob der Zentralstaat mit seiner Zuchthausordnung und seiner Güterteilung etabliert, oder ob das bestehende Wahlrecht durch ein anderes ersetzt werden soll.“ Im Munde des leitenden Staatsmannes ist dieser Satz immerhin eine sehr beachtenswerte Erklärung, wenn sie auch zunächst eine aktuelle Bedeutung nicht besitzt und ausdrücklich nicht besitzen soll.

Das ist auch der Grund, warum Graf Bülow die Aufgabe der Sammlung der staatshaltenden Elemente gegenwärtig für wichtiger und wertvoller ansieht, als die direkte gegebenerweise Aktion gegen die Sozialdemokratie. Die sozialdemokratischen Gefahren erachtet er nicht für so groß und bedrohlich, daß solche Aktion unabdinglich geworden ist, die nur aus „zwingender Not“ unternommen werden dürfe. Der Fall, den der Reichskanzler erwähnt, ist gegenwärtig nicht gegeben, wo eine pflichtbereite und patriotische Regierung ihren Willen durchsetzen muß im Kampfe gegen parlamentarische Mehrheiten, oportet quo oportet, es koste was es wolle, wo die salus publica zur suprema lex wird. Graf Bülow hat das Vertrauen, daß die Sozialdemokratie die bestehende Ordnung noch nicht zu erschüttern oder gar umzustürzen vermag. Wer die Autorität des Staates, die Majestät

des Gesetzes, die Sicherheit des Landes, den Bestand der Monarchie antastet, rieß er aus, wird sich blutige Köpfe holen. Als die wesentliche Voraussetzung für eine dauernde Überwindung der Sozialdemokratie gilt ihm die Einigung der bürgerlichen Parteien und darum betrachtet er es als seine Pflicht, alles zu tun, um die Steine aus dem Wege zu räumen, die einem Zusammengehen der staatshaltenden Parteien entgegenstehen. Diese Pflicht erscheint ihm weit dringlicher, als die energische Offensive gegen die Sozialdemokratie, weil er nicht von vornherein auf die Möglichkeit verzichten will, die tieghenden Gegenseite, die durch unser Volk gehen, durch Gerechtigkeit, Geduld und Besonnenheit auf friedlichem Wege auszugleichen. Dem konservativen Führer Freiherrn von Manteuffel, der die bürgerliche Bekämpfung der Sozialdemokratie für völlig wirkungslos erklärt, gab er zu, daß Neben seine Taten sind; aber er meinte, eine Rede könne unter Umständen nützlicher sein als ein überzügliches Tot oder als ein verschleierte Anlauf zu einer Tat, „wie wir deren auch schon erlebt haben“. Offenbar hatte er hierbei die Caprivi-Hohenlohe'sche Umsturzvorlage im Sinne, wie er an die Kanalvorlage und die bei deren neuester Auflage befundene Niederlage auf die frühere konservative Kanalopposition gedacht hat, als er sein Bestreben hervorhob, im Rahmen des Staatswohls und des Geschäftsinteresses ein Zusammengehen der Regierung und der konservativen Partei zu ermöglichen und manche Hindernisse zu beseitigen, die dieses Zusammengehen erschweren könnten.

Wenn Graf Bülow wirklich von jener den festen Zusammenschluß aller nichtsozialdemokratischen Parteien zum Zwecke der Schwächung der Sozialdemokratie als Hauptzweck seiner innerpolitischen Bemühungen unverkennbar im Auge gehabt hat, so muß man sich sehr wundern, daß er zur Erfüllung dieser Aufgabe vor und während der letzten Reichstagswahlkampagne nicht das geringste getan, vielmehr in volliger Passivität wie ein ganz unbetätigter Zuschauer verharrt hat. Der Reichskanzler hat sich in der Zeit der vorjährigen Wahlkämpfe jeder programmatischen Neuerung, die als Wahlparole im Sinne der antisozialdemokratischen Sammelpolitik hätte verwendet werden können, auf die Sorgsamste enthalten, während er jetzt angefischt der bevorstehenden Reichstagswahl in Frankfurt-Oberaspeck kein Bedenken trug, für die volle Einigung aller bürgerlichen Elemente schon vor dem ersten Wahlgange und somit gegen die Sozialdemokratie Partei zu erpreisen. Graf Bülow ist einsichtig genug, einzusehen, daß die gegnerischen Feinde, von der die Sozialdemokratie nach der Neuerung eines ihrer Führer hauptsächlich lebt, auf allen Seiten, also auch von der Regierung, begangen wurden und er hat auch ausdrücklich die letzten 14 Jahre, d. h. die seit nach der Bismarck'schen Reichskanzlerschaft als diejenige bezeichnet, in der die Unzufriedenheit, die so viel „Vorherrschaftsmittel“ in das sozialdemokratische Sammelpotest bringt, besonders stark vorgeherrscht hat. Hierüber eifrig nachzuhaben, würde sich gerade vom Standpunkte der Bülowischen Sammelpolitik viel mehr empfehlen, als für die obwaltende Unzufriedenheit, die den sozialdemokratischen Partei so viele Wähläufe zuführt, momentlich Organe der national- und monarchisch gesinnten Presse verantwortlich zu machen und gegen sie in sehr gezielter Schärfe zu polemisierten. Der Reichskanzler sprach u. a. von törichten Dehereien, deren Krüfte die Sozialdemokratie ermittelte. Auch der zweite Reichskanzler hat sich wiederholt über den epidemischen Beunruhigungsbozillus beklagt und behauptet, daß besondere Zeiten, die sich sonst für die Bannträger des nationalen Gedankens halten, Meinkulturen für diesen Bozillus seien. In Wirklichkeit war aber der Caprivismus selber der Boden, auf dem jener Beunruhigungs- und Unzufriedenheitsbozillus so üppig gediehen mußte. — — —

Neueste Drahtmeldungen vom 13. Mai.

Zum Herero-Aufstand.

Berlin. Auf einer Anfrage an den Gouverneur Leutwein wegen der ihm in einem Zeitungstelegramm aus Windhoek zugeschriebenen Ablösung, beim Eintreffen des Generals anwesens d. Trotha noch Deutschland zurückzufahren, habe der Gouverneur in einer hier eingegangenen Dienstlichen Meldung erklärt, er habe keine Anerkennung über eine Ablösung vor Rückkehr nach Deutschland getan. Er werde das in ihn gelegte Vertrauen auch fernher zu rechtfertigen suchen und Herrn d. Trotha redlich zur Seite stehen. — Reichsgerichtsrat a. D. Dr. August von Kries zu Raunhof bei Leipzig erhielt den Roten Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife.

Köln. (Priv.-Tel.) Der das südwästafrikanische Aufstandsgebiet bereisende Generalmann der „Aida-Volksarm.“ erklärt auf Grund zuverlässiger Erfüllungen, daß die Herero den Aufstand von längerer Hand vorbereitet. Schon im Oktober d. J. hätten die Herero den Plan einer allgemeinen Erhebung verabschiedet, worüber Meldung nach Windhoek erhalten worden sei; aber selbst im Januar habe man von dem drohenden Aufstande noch nichts wissen wollen. Die Telegr. - Agentur habe in einem Berliner Geschäftshaus gerichteten Telegramm die Worte: „Aufstand drohend“ gestrichen. Da Windhoek habe man von einer Hereroerheb. nichts wissen wollen, in Einfluss mit der von Berlin aus distanzierten Friedens- und Verwaltungspolitik. Nach Beendigung des Krieges müsse die Verantwortlichkeit an dem Unglück festgestellt und ein Weißbuch von der Korrespondenz über die Behandlung der eingedorenen herausgegeben werden.

Friedrich & Glöckner, strickehr. Oefnarbren, Farben, Glas, Schreib. Werkst.

Verkauf: Nei erhält: Pianos, Stricken, Tafelmalerei, Quellen?